

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.275.730

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1857/J-NR/2020 betreffend Umfrage des Ministeriums zum Home Schooling, die die Abg. Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen am 30. April 2020 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 7:

- *Von wem wurde diese Umfrage durchgeführt?*
- *Wie viel hat die Durchführung der Umfrage gekostet?*
- *Wie viele Eltern, wie viele Lehrer_innen und wie viele Schüler_innen wurden befragt?*
- *Waren die befragten Lehrer_innen und Eltern repräsentativ für die verschiedenen Schultypen? Gab es eine Auswertung nach Schultypen? Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?*
- *Gab es eine Auswertung nach Bundesländern? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
- *Waren die befragten Lehrer_innen repräsentativ für die Altersstruktur des Lehrpersonals an Österreichs Schulen? Gab es eine Auswertung nach Altersstufen? Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?*
- *Bitte um die Auflistung der exakten Fragen und Antworten der Umfrage.*

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung wurde von Peter Hajek Public Opinion Strategies eine Umfrage unter Lehrpersonen (n=300) sowie unter Eltern (n=500) mit Schulkindern in Österreich durchgeführt. Daraus ergeben sich maximale Schwankungsbreiten von +/- 5,6% (Lehrerinnen und Lehrer) und +/- 4,4% (Eltern). Die Umfrage wurde zwischen 16. und 19. März 2020 in Form von telefonischen (Lehrpersonen) und online Interviews (Eltern) durchgeführt.

Stichprobenmethode: Die Eltern wurden mittels vorgeschichtetem Randomverfahren repräsentativ für Österreich ausgewählt. Bei den Lehrerinnen und Lehrer kam ein

disproportionales Sampling zum Einsatz. Dabei wurden jeweils 100 Lehrerinnen und Lehrer für Volksschule, AHS-Unterstufe/NMS sowie AHS-Oberstufe/HTL/HAK per Randomverfahren ausgewählt.

Die Kosten betragen EUR 29.880,00 inklusive Umsatzsteuer.

Zu Frage 8:

- *Wurde im Zuge der Fortführung der Homeschooling-Phase regelmäßig bei den Personen nachgefragt, wie sich ihre Zufriedenheit entwickelt hat?*
- a. Wenn ja, wann wurde jeweils wieder angefragt und was sind die Ergebnisse der weiteren Umfragen?*
- b. Waren die Fragen bei den nachfolgenden Befragungen dieselben? Welche Fragen wurden ergänzt oder weggelassen?*
- c. War das Sample an befragten Personen bei den folgenden Umfragen dasselbe wie bei der ersten Umfrage? Wenn nein, inwiefern wurde das Sample verändert und weshalb?*

Bis zum Stichtag des Einlangens der Parlamentarischen Anfrage wurden im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung von Peter Hajek Public Opinion Strategies weitere drei Umfragen unter Eltern von Schülerinnen und Schülern in Österreich durchgeführt.

Das Untersuchungsdesign der Umfrage 27. bis 31. März 2020 wurde in Form von Online-Interviews durchgeführt. Daraus ergaben sich maximale Schwankungsbreiten von +/- 4,4%. Stichprobenmethode: Die 500 befragten Eltern wurden mittels vorgeschichtetem Randomverfahren repräsentativ für Österreich ausgewählt. Die Schichtung erfolgte nach Schultypen der Kinder. Die hauptsächlichen Ergebnisse dieser Umfrage stellen sich wie folgt dar:

Eltern stimmten den „Schulschließungen“ durch die Bundesregierung nach wie vor in großem Ausmaß zu (75% Eltern stimmen sehr zu). Der Lernstart zu Hause wurde nach wie vor sehr zufriedenstellend bewertet (Eltern: 33% sehr gut / 51% eher gut). Kritik kam in erster Linie von jenen Eltern, die prinzipiell nicht mit den Maßnahmen der Bundesregierung einverstanden waren. Die Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen und Lehrern wurde weiterhin gut beurteilt. Bei aller positiver Einstellung der Eltern gab es die ausgeprägte Befürchtung bzw. Einschätzung, dass Home Schooling belastend ist und der Druck in den Familien steigt bzw. steigen könnte.

Das Untersuchungsdesign der Umfrage 9. bis 14. April 2020 erfolgte – wie bereits oben ausgeführt – wieder in Form von Online-Interviews. Daraus ergaben sich maximale Schwankungsbreiten von +/- 4,4%. Stichprobenmethode: Die 500 befragten Eltern wurden mittels vorgeschichtetem Randomverfahren repräsentativ für Österreich ausgewählt. Die

Schichtung erfolgte nach Schultypen der Kinder. Die hauptsächlichen Ergebnisse dieser Umfrage stellen sich wie folgt dar:

Die Eltern zeigten eine lange Ausdauer: 33% gaben zu diesem Zeitpunkt an, sogar bis zum Sommerbeginn mit Notbetrieb durchhalten zu können (insbesondere die Oberstufen-Eltern). Die stufenweise Rückholung der Schülerinnen und Schüler wurde angenommen (59% dafür), jedoch nicht uneingeschränkt: Ein Drittel war dagegen. Die Ergebnisse streuten sehr, am ehesten waren Eltern von Volksschulkindern dafür.

Die Schulbetreuung war seit der letzten Befragungswelle nicht gestiegen, drei Viertel wollten zum Zeitpunkt der Umfrage ihre Kinder weiterhin zu Hause betreuen.

Die innerfamiliären Probleme blieben en stabil niedrig, das Lernen zu Hause wurde beständig gut bewertet. Am meisten waren nach wie vor Eltern von Volksschulkindern gefordert.

Die Belastung für die Eltern blieb auf niedrigem Niveau stabil. Die Belastung für die Kinder (neue Frage) wurde etwas höher als jene für die Eltern eingeschätzt, aber ebenfalls auf niedrigem Niveau. Psychische Belastungen für die Kinder wurden kaum erwartet, schulische Nachteile im nächsten Lernjahr eher.

Das Untersuchungsdesign der Umfrage 17. bis 20. April 2020 erfolgte – wie bereits vorstehend ausgeführt – wieder in Form von Online-Interviews. Daraus ergaben sich maximale Schwankungsbreiten von +/- 3,9%. Stichprobenmethode: Die 624 befragten Eltern (umfasst auch Eltern von Kindergartenkindern) wurden mittels vorgeschichtetem Randomverfahren aus einem Online-Panel (Talk Online) repräsentativ für Österreich ausgewählt.

Die hauptsächlichen Ergebnisse dieser Umfrage stellen sich wie folgt dar: Die Betreuungsquote würde bis Mitte Mai weiterhin sehr niedrig sein. Am ehesten würden Eltern von Volksschulkindern und jüngere Eltern diese nützen. Je älter die Eltern, desto eher wurden die Kinder zu Hause betreut.

Die geplante Tagestaffelung bzw. der Schichtbetrieb in Schulen wurde verhalten angenommen. Große Skepsis bestand bei jenen, die ihre Kinder zu Hause lassen wollten. Auch nach der Aktivierung der Schulen werde die Tages- bzw. Nachmittagsbetreuung wenig in Anspruch genommen werden.

Bei Öffnung der Schulen im Mai wären 66% der Eltern für eine Schulpflicht für alle Schülerinnen und Schüler gewesen. Weiters wären bei Aktivierung der Schulen im Mai – zum Zeitpunkt der Umfrage – 63% der Eltern bereit gewesen, ihre Kinder in die Schule bringen. Andererseits wären – wenn die Eltern selbst entscheiden hätten können, ob der Regelunterricht noch vor dem Sommer wieder gestartet werden soll oder nicht – 50% dafür bzw. 46% für eine Öffnung erst im Herbst gewesen.

Bei neuerlich steigenden Zahlen der Infizierten wäre die Mehrheit für einen Notbetrieb bis Sommer gewesen (73%).

Um Vergleichbarkeit herstellen zu können, wurden die Fragen je Umfrage entsprechend adaptiert.

Zu Frage 9:

- *Was war die Intention hinter der Durchführung der Umfragen?*

Das Ziel von Umfragen ist es, anhand von Stichproben Bedürfnisse und Anliegen von potentiellen Zielgruppen herauszufinden, um dadurch Aussagen über einen größeren Querschnitt treffen zu können.

Zu Frage 10:

- *Welche Rolle hat die Umfrage bei der Einschätzung der Lage durch das Bundesministerium und der Setzung weiterer politischer Maßnahmen gespielt?*

Die Ergebnisse sind als Faktoren in die allgemeine Bewertung der Lage in Österreich und in die daraus abgeleiteten Entscheidungen zum Wiederhochfahren von Aktivitäten im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung eingeflossen.

Zu Frage 11:

- *Wer hat das Bundesministerium bzw. die Bundesregierung in Fragen der Kindergarten- und Schulschließungen beraten?*

Vorauszuschicken ist, dass das Kindergartenwesen aufgrund der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung in der Vollzugszuständigkeit der Länder liegt. Weiters wird darauf hingewiesen, dass das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung keine Schulschließungen durchgeführt hat, sondern der Präsenzunterricht ab 16. März 2020 auf einen Distanzunterricht umgestellt wurde.

Im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung wurden die gesetzten Maßnahmen auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Schutz vor Infektionskrankheiten und statistisch methodischer Kennzahlen, insbesondere der Entwicklung der Infektionszahlen in Österreich und in anderen Staaten, getroffen. Laufende Koordinierungen mit anderen Ressorts, insbesondere dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, stellten den Austausch von Expertise für die fachliche Beurteilung und der darauf basierenden Entscheidungsfindung sicher.

Wien, 30. Juni 2020

Der Bundesminister:

Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann eh.

